



Nachrichten zum Terror und zum israelisch-palästinensischen Konflikt (3.-9. September 2014)



Jerusalem: Unruhen und Anschläge in steigender Zahl – links: Verbrennung einer israelischen Flagge bei einer gewalttätigen Demonstration in Wadi Al-Joz (PALDF, 8. September 2014); rechts: zerstörte Zapfsäule einer Tankstelle im French Hill-Viertel nach einem Überfall einiger Dutzend Vermummter (Sprecher der Jerusalemer Feuerwehr, 7. September 2014)

Das Wichtigste in Kürze

- Die Waffenruhe, welche die Militäroperation “Fels in der Brandung” zum Abschluss brachte, wird bislang eingehalten. Die Palästinenser bereiten sich auf anstehende Verhandlungen vor. Die Hamas lehnt in diesem Zusammenhang die geforderte Demilitarisierung des Gazastreifens und die Stationierung einer internationalen Überwachungseinheit ab.
- Der Brennpunkt der Gewalt hat sich in den letzten Tagen nach Jerusalem verlagert, wo in den letzten Monaten eine Zunahme von Anschlägen und gewalttätigen Zwischenfällen verzeichnet wurde. Zum üblichen Gewaltmuster gehören Stein- und Molotow-Cocktail-Würfe, gewalttätige Kundgebungen und die Zerstörung von Eigentum.
- Die Hamas und der Palästinensische Islamische Dschihad führen einerseits Medienkampagnen durch, die die Festigung des “Siegermythos” bezwecken. Andererseits verdeutlicht der jüngste Waffengang einmal mehr die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten und die Feindseligkeit zwischen der Fatah und der Hamas, welche die Arbeit der Regierung der Nationalen Einheit seit ihrer Bildung überschatten.

Die Operation "Fels in der Brandung"

Außenpolitische Aktivitäten und Äußerungen zur Waffenstillstandsvereinbarung

■ **Die vor zwei Wochen ausgerufene Waffenruhe dauert an.** Die Konfliktparteien bereiten sich auf die Festigung der Waffenruhe, die Einfuhr von humanitärer Hilfe in den Gazastreifen und die Wiederaufnahme indirekter Verhandlungen vor. In diesem Rahmen gab ein ägyptischer Regierungsvertreter bekannt, dass eine offizielle ägyptische Delegation in Ramallah und in Israel Gespräche mit den Konfliktparteien geführt hat (Al-Masri Al-Youm, 4. September 2014). Ein hochrangiger Hamas-Vertreter erklärte, seine Bewegung und die anderen palästinensischen Organisationen warteten auf eine offizielle Einladung Ägyptens für die Wiederaufnahme der indirekten Verhandlungen mit Israel über die Einzelheiten des Waffenstillstandabkommens. Noch habe sich Ägypten an keine Partei gewandt, doch es fänden derzeit Gespräche zwischen hochrangigen Hamas-Vertretern, dem Ägyptischen Inlandgeheimdienst und der Palästinensischen Autonomiebehörde statt (Quds News, 6. September 2014).

■ Der Leiter des Hamas-Politbüros, **Khaled Maschaal**, bedauerte in einem Interview die Äußerungen von Mahmoud Abbas, wonach die Hamas das Leben Tausender Palästinenser hätte schonen können, wenn sie der ägyptischen Initiative früher zugestimmt hätte. Er halte jedoch an der Umsetzung des Versöhnungsabkommens fest. Es sei vereinbart, dass die Regierung der nationalen Einheit sofort damit beginne, ihre Aufgaben im Gazastreifen wahrzunehmen, sagte Maschaal und fügte hinzu, Teil des Versöhnungsabkommens sei auch, dass Entscheidungen über Krieg und Frieden von der Regierung und einvernehmlich getroffen würden (Al-Arabi Al-Dschadid, 3. September 2014).

■ Führende Hamas-Vertreter äußern weiterhin Genugtuung zum Ergebnis des jüngsten Waffenganges. Sprecher der Bewegung betonten, man werde auf der Umsetzung des Waffenstillstandes beharren. Vorschläge, die auf eine **Demilitarisierung des Gazastreifens oder auf die Stationierung einer internationalen Überwachungstruppe abzielten**, würde jedoch abgelehnt. Hierzu einige Äußerungen:

- Der stellvertretende Leiter des Hamas-Politbüros, **Ismail Haniyya**, rief anlässlich der "Konferenz über die Zukunft der Palästinenserfrage nach dem Sieg in Gaza" dazu auf, die Errungenschaften des "Sieges" zu nutzen. Wie die Ergebnisse dieses Krieges gezeigt hätten, habe sich Israel auf falsche Annahmen gestützt. Haniyya würdigte den "Widerstand", der 51 Tage standgehalten habe. Zudem rief er zur Bildung einer Aufsichtskommission aus Vertretern der palästinensischen

Organisationen auf, deren Aufgabe es sein soll, die Umsetzung der Errungenschaften des Waffenstillstandes mit Israel zu überwachen (Al-Aqsa TV, 7. September 2014).

- **Mahmoud Al-Zahar**, ebenfalls Mitglied des Hamas-Politbüros, schloss die Möglichkeit aus, dass Israel die Kampfhandlungen wieder aufnehmen könnte. Sollte das Land jedoch versuchen, die Umsetzung der Verständigung zu umgehen, die im Rahmen der Waffenstillstandsverhandlungen erreicht worden sei, „werde es dafür bezahlen“. Die Hamas und die anderen palästinensischen Organisationen verfügten über Möglichkeiten der Abschreckung gegenüber Israel, fügte Al-Zahar hinzu.
- Das Hamas-Politbüromitglied **Moussa Abu Marzuq** sagte, der Waffenstillstand sei unbefristet. Die Hamas halte sich an sämtliche vereinbarten Bedingungen, solange sie von Israel eingehalten würden. Der Spielraum der israelischen Delegation hinsichtlich der ungelösten Fragen, darunter vor allem der Bau eines Flughafens und eines Hafens sowie die Frage der palästinensischen Häftlinge, werde gering sein, so Marzuq (Al-Rassalah.net, 6. September 2014).
- Das Hamas-Führungsmitglied **Saleh Al-Bardawil**, sagte, er sei gegen die Stationierung internationaler Truppen mit UN-Mandat im Gazastreifen zur Überwachung der Verwendung von Baumaterialien beim Wiederaufbau des Gazastreifens. Man werde nicht mit Vorschlägen kooperieren, die nicht mit den Bestrebungen des palästinensischen Volkes vereinbar seien, sich von der israelischen Besatzung zu befreien. Dieser Vorschlag bedeute im Kern „eine Besatzung durch eine andere zu ersetzen“, so Al-Bardawil (Al-Rai, 7. September 2014).
- **Ismail Radwan**, Mitglied der Hamas-Führung, äußerte sich gegen die Präsenz fremder Truppen im Gazastreifen. Die Hamas würde solche Truppen als neue Besatzer betrachten (Palpress, 7. September 2014).
- **Khalil Al-Hiyya**, Mitglied des Hamas-Politbüros und Hamas-Vertreter bei den indirekten Verhandlungen in Ägypten, rief die Regierung der Nationalen Einheit dazu auf, Schritte zum Bau eines Hafens sowie eines Flughafens einzuleiten. Die Wiederaufbauanstrengungen seien konzentriert voranzutreiben und Israel müsse gezwungen werden, die Einfuhr von Baumaterialien zu ermöglichen, sagte Al-Hiyya und fügte hinzu, der „Widerstand“ verfüge nach wie vor über Handlungswillen, Kraft und Waffen und werde eine erneute Blockade nicht zulassen (Palestine Info, 6. September 2014).

Spannungen in der Regierung der Nationalen Einheit vor dem Hintergrund der Operation „Fels in der Brandung“

■ Die Operation „Fels in der Brandung“ hat die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, von der die Regierung der Nationalen Einheit seit ihrer Bildung behaftet ist, vertieft. Die Diskussion dreht sich hauptsächlich um die eigenmächtigen Beschlüsse der Hamas im Hinblick auf den Kampf gegen Israel, um die Kriegsführung der Hamas sowie um die Frage der Verantwortung für den Wiederaufbau im Gazastreifen. Mahmoud Abbas hat mit seinen Äußerungen Öl aufs Feuer gegossen.

■ Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmoud Abbas kritisierte die Hamas vor ägyptischen Journalisten scharf für ihr Verhalten während der Militäroperation „Fels in der Brandung“. Er äußerte Verwunderung darüber, dass die Hamas von den Kämpfen im Gazastreifen überrascht worden sei, nachdem sie Entführungen veranlasst, getötet und Raketen abgeschossen habe. Abbas zufolge kamen im Laufe der Militäroperation über 120 Palästinenser ums Leben, weil sie gegen die Ausgangssperre oder gegen den Hausarrest verstoßen hätten. Zudem seien 30-40 Palästinenser hingerichtet worden. Der Palästinenserpräsident behauptete, es seien **nur rund fünfzig Hamas-Aktivisten umgekommen, während sich die Zahl der getöteten Fatah-Leute auf 861 belaufen habe** (Anmerkung: In Wirklichkeit wurden nach unserer Schätzung Hunderte von Hamas-Aktivisten getötet. Mahmoud Abbas gibt, unseres Erachtens, eine falsche Zahl wieder, um die Verluste der rivalisierenden Partei zu marginalisieren).

■ **Mahmoud Abbas** betonte, die Palästinensische Autonomiebehörde werde keinerlei Zusammenarbeit mit der Hamas zustimmen, solange die derzeitige Situation andauere. Die Partnerschaft mit der Hamas setzt nach seinen Worten voraus, dass sich die Waffen unter der Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde befinden und Beschlüsse über Krieg und Frieden einvernehmlich getroffen werden. Zudem legte Abbas dar, die Hamas unterhalte ein „Schattenkabinett“ mit 27 Vizeministern, die die verschiedenen Amtsbereiche führten. Das führe dazu, dass die Regierung der nationalen Einheit im Gazastreifen nichts ausrichten könne (Paltoday, 6. September 2014).

■ Die Äußerungen von Mahmoud Abbas wurden von Hamas-Führern scharf kritisiert:

- Hamas-Politbüromitglied **Moussa Abu Marzuq** rief zur Bildung einer neuen Regierung der Nationalen Einheit auf. Die derzeitige Regierung sei den Herausforderungen der innenpolitischen Krise nicht gewachsen gewesen. Hochrangige Fatah-Vertreter unterstützten diese Idee, so Abu Marzuq (Alresalah.net, 7. September 2014).

- Hamas-Sprecher **Sami Abu Zuhri** sagte, die Äußerungen von Abbas seien ungerechtfertigt und die Zahlen, die er vorgelegt habe, falsch. Sie entbehrten jeder Grundlage und seien vom Gesundheitsministerium nicht bestätigt worden. Abbas begehe mit seinen Äußerungen ein „Unrecht“ am palästinensischen Volk und am „Widerstand“, der einen großen Sieg errungen habe. Zuhri rief Abbas auf, seine Äußerungen gegenüber den Medien zu unterbinden und den Gesprächen und der Verständigung zwischen der Hamas und der Fatah eine Chance zu geben (Facebook-Seite von Sami Abu Zuhri, Ma'an, 7. September 2014).
- Hamas-Führungsmitglied **Saleh Al-Bardawil** warf Mahmoud Abbas vor, sich in Nebensächlichkeiten ohne politische Relevanz zu verlieren und riet ihm, die Diskussionen Medienvertretern zu überlassen (Quds Press, 7. September 2014).
- Der Hamas-Sprecher **Fawzi Barhum** sagte, die Attacke von Mahmoud Abbas gegen die Hamas sei eine „gezielte Liquidierung des Widerstandes und der Einheit des palästinensischen Volkes“. Die Drohungen von Abbas, die Regierung der Nationalen Einheit aufzulösen, seien enttäuschend und dienten den USA und Israel (Zafa, 8. September 2014).



Mahmoud Abbas als Schatten von Netanyahu: Karikierung von Abbas' Äußerung zum „Schattenkabinett“ mit der Überschrift „Israelisches Schattenkabinett“ (PALDF, 9. September 2014)

Die Ergebnisse einer palästinensischen Meinungsumfrage zur Operation „Fels in der Brandung“

- Eine demoskopische Untersuchung des palästinensischen Meinungsforschungsinstituts PRS unter Leitung von **Khalil Shkaki** unter 1.270 Palästinensern aus dem Gazastreifen und aus Judäa und Samaria nach der Operation „Fels in der Brandung“ ergab folgendes:

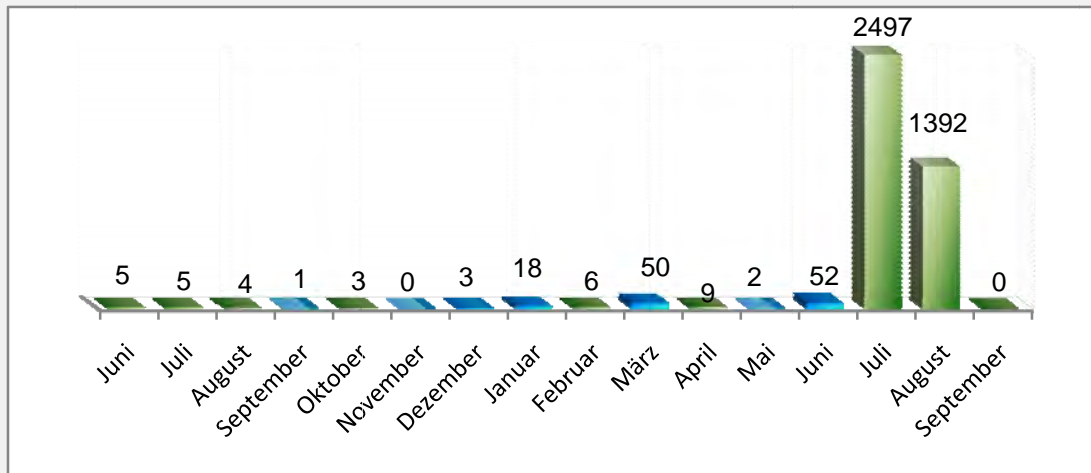
- **97% der Befragten sind der Meinung, die Hamas sei als Siegerin aus der jüngsten Eskalationsrunde hervorgegangen**, und ein ähnlicher Anteil der Bevölkerung ist der Meinung, dass Israel für den Ausbruch der Kämpfe verantwortlich war.
- **94% sind mit den Leistungen des militärischen Arms der Hamas** gegenüber der israelischen Armee zufrieden. 78% finden den Schutz, den der militärische Arm der Hamas der Bevölkerung des Gazastreifens bot, angemessen.
- **86% unterstützen die Beschießung Israels mit Raketen vom Gazastreifen aus, falls die Blockade nicht aufgehoben wird.**
- **60% sind der Meinung, die Hamas schieße keine Raketen von bewohntem Gebiet aus ab.** 30% meinen, das sei der Fall.
- **57% sind gegen die Demilitarisierung des Gazastreifens.** 25% befürworten die Demilitarisierung, wenn die Blockade aufgehoben wird und Wahlen stattfinden.
- Zwei Drittel der Befragten glauben, der Umstand, dass der Gazastreifen so lange durchgehalten habe, sei der Achse Iran, Türkei und Katar zu verdanken.
- 25% beurteilen die Rolle Ägyptens bei den Waffenstillstandsverhandlungen als positiv für die Palästinenser, 52% finden, die Ägypter hätten sich den Palästinensern gegenüber negativ verhalten. 22% finden, Ägypten sei objektiv gewesen.

Raketenbeschuss israelischen Territoriums

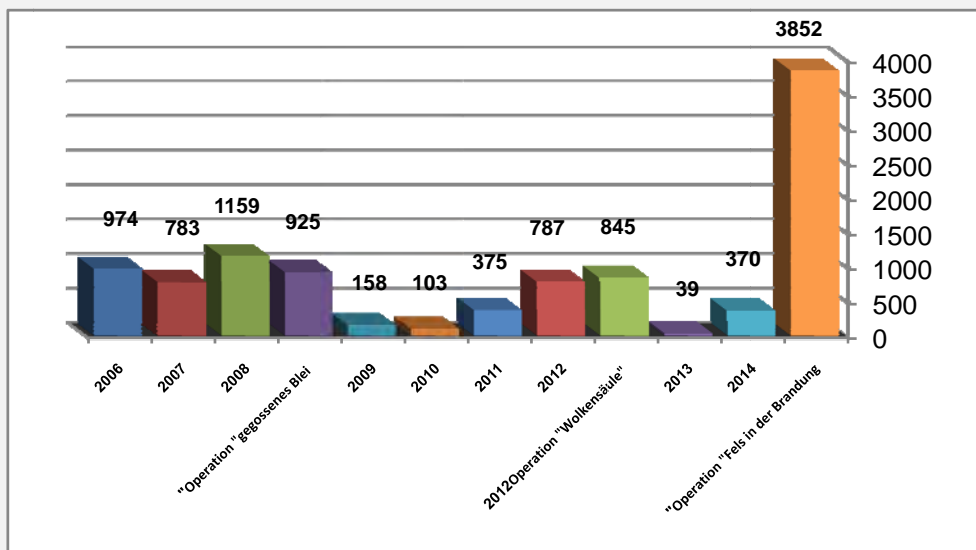
Die Beschießung Israels mit Raketen

- Seit der Ausrufung des Waffenstillstandes (am 26. August 2014) wurden keine Raketeneinschläge oder Mörsergranatenangriffe auf Israel registriert.

Raketeneinschläge nach Monaten (2013-2014)¹



Raketeneinschläge in Südisrael nach Jahren²



Jerusalem, Judäa und Samaria

Starke Zunahme von Anschlägen in Jerusalem

■ In den letzten Monaten hat die Zahl der gewalttätigen Zwischenfälle und Anschläge in der Stadt Jerusalem deutlich zugenommen. Den Hintergrund bilden die Entführung von drei Jugendlichen aus Gush Etzion und deren Ermordung, der Mord an

¹ Diese Statistik versteht sich ohne Mörsergranateneinschläge und ohne Raketen, die vom Gazastreifen aus abgefeuert wurden, aber noch auf palästinensischem Gebiet einschlugen. Aktualisiert: 9. September 2014.

² Ohne Mörsergranatenfeuer.

einem palästinensischen Jungen in Beit Hanina sowie die Militäroperation „Fels in der Brandung“. Daten des israelischen Inlandgeheimdienstes zufolge wurden in den Monaten Juli und August 152 Anschläge in der Stadt ausgeführt, gegenüber 22 Anschlägen in den Monaten Mai und Juni 2014. Einige Hundert Palästinenser wurden verhaftet, und gegen rund Zweihundert von ihnen wurde Anklage erhoben (Channel 10 Nachrichten, 8. September 2014). Besonders verbreitet sind Steinwürfe auf israelische Fahrzeuge, einschließlich Linienbusse und Straßenbahn, Angriffe mit Molotow-Cocktails und die Zerstörung von Eigentum. Zudem wurden in einigen Fällen auch israelische Wohnviertel von Scharfschützen beschossen.

■ Am 7. September 2014 erlag **Mohammed Sunukrut, ein 16-jähriger palästinensischer Junge aus Ost-Jerusalem, den schweren Verletzungen**, die er bei einer Demonstration in Wadi Joz am 31. August 2014 erlitten hatte. Nach seinem Tod kam es in Ost-Jerusalem zu Ausschreitungen. Auf ihrem Höhepunkt griffen einige Dutzend Vermummte aus Isawiya in den Abendstunden des 7. September 2014 eine Tankstelle auf dem French Hill an, fügten dem Tankstellengeschäft Schaden zu, stahlen Ware und versuchten, den Ort anzuzünden, offensichtlich mit einem Molotow-Cocktail. Zudem beschädigten sie eine Zapfsäule und eine Überwachungskamera. Danach gossen sie Öl auf die Straße nach Isawiya, um den Sicherheitskräften den Zugang zu erschweren (Israelische Polizei, 7. September 2014).



**Die verwüstete Tankstelle auf dem French Hill
(Israelische Polizei, Pressestelle der Feuerwehr- und Rettungskräfte Jerusalem, 7. September 2014)**

- Nachfolgend eine Zusammenstellung weiterer Zwischenfälle in Jerusalem:
 - **Am 8. September 2014** wurde die Jerusalemer Straßenbahn in der Nähe des Wohnviertels Shuafat in Ost-Jerusalem mit Steinen beworfen. Dabei wurde niemand verletzt, und es entstand kein Sachschaden.
 - **Am 7. September 2014** wurden Fahrzeuge in den Vierteln Abu Tor und Wadi Joz in Ost-Jerusalem mit Steinen beworfen. Zwei Fahrer wurden leicht verletzt. Zudem kam es zu Steinwürfen auf Polizeieinheiten in Isawiya (Israelische Polizei, 7. September 2014).



Links: Ein israelischer Polizist entfernt eine Al-Quaida-Fahne von einem Vordach in Wadi Joz bei Unruhen im Viertel; rechts: Auseinandersetzungen mit israelischen Sicherheitskräften in Wadi Joz (im Nordosten von Jerusalem) nach der Beisetzung des palästinensischen Jugendlichen Mohammed Sunukrut (PALDF, 7. September 2014)

Versuch, einen Soldaten zu überfahren

- **Am 2. September 2014** versuchte ein Palästinenser beim Einschleusen von Palästinensern auf israelisches Gebiet am Eyal-Checkpoint (westlich von Qalqiliya) einen israelischen Soldaten zu überfahren. Ein israelischer Offizier wühlte sich in Gefahr und eröffnete das Feuer auf das Fahrzeug. Dabei wurde der Fahrer getötet und ein weiterer Insasse, der zu Fuß zu flüchten versuchte, am Bein getroffen und leicht verletzt (Pressestelle der israelischen Armee, 2. September 2014). Palästinensische Medien berichteten, **Mohammed Zabari Al-Qani** aus dem Dorf Qalil (östlich von Nablus), der einen Fahrdienst für palästinensische Arbeiter nach Israel betrieb, sei beim Versuch, einen israelischen Soldaten zu überfahren, ums Leben gekommen (Falastin Ala'an, Alresalah.net, 2. September 2014).

Weitere Zwischenfälle in Judäa und Samaria

■ In Judäa und Samaria ereigneten sich gewalttätige Zwischenfälle der „üblichen“ Art im Rahmen des so genannten „Volkswiderstandes“. Dazu zählen Steinwürfe auf israelische Sicherheitskräfte und israelische Bürger sowie Angriffe mit Molotowcocktails an Hauptverkehrsachsen in Judäa und Samaria. Zudem kam es zu Kundgebungen in den größeren Städten und an den „traditionellen“ Reibungspunkten (Bil'in, Na'alim, Nabi Saleh, Qadum, Bet Omar etc.). Am 2. September 2014 wurden israelische Fahrzeuge bei Halhul (Region Hebron) mit Steinen beworfen. Dabei wurden zwei Personen leicht verletzt und die Fahrzeuge beschädigt (Tazpit.org.il, 3. September 2014).



Von Steinwürfen beschädigtes Fahrzeug bei Halhul
(Tazpit.org.il, 3. September 2014. Foto: Avraham Weiss)

Die Verhaftung und Befragung eines Hamas-Aktivisten, der an der Entführung und am Mord der drei jüdischen Jugendlichen beteiligt war

■ Neulich deckte der Israelische Inlandgeheimdienst weitere Einzelheiten zur Entführung von drei Jugendlichen aus Gush Etzion und zur Rolle von Husam Kawasme an dieser Tat auf (Website des Israelischen Inlandgeheimdienstes, 4. September 2014):

- Als die Leichen der drei entführten Jugendlichen gefunden wurden (30. Juni 2014), wurde **Husam Hassan Kawasme** aus Hebron zur Fahndung ausgeschrieben. Die Leichen waren auf einem Grundstück in seinem Besitz verscharrt. **Kawasme versuchte mit Hilfe seiner Familie und gefälschten Papieren nach Jordanien zu entkommen**, konnte jedoch von israelischen Sicherheitskräften am 11. Juli 2014 noch vor seiner Ausreise in einem Versteck im Flüchtlingslager Shuafat aufgespürt und verhaftet werden.

- Beim Verhör stellte sich heraus, dass er die Entführungsaktion befehligt hatte. Zu diesem Zweck beschaffte er die Summe von 220.000 Israelische Schekel (ca. 47.000 Euro) **über seinen beim Schalit-Deal freigelassenen Bruder Mahmoud im Gazastreifen**. Mit dieser Summe wurden zwei Fahrzeuge für die Entführung sowie zwei Gewehre und Pistolen erworben. Letztere wurden Marwan Kawasme übergeben, der ebenfalls an der Entführung beteiligt war, aber noch nicht gefasst wurde.
- Zudem kam beim Verhör heraus, dass bei der Planung und Ausführung der Entführung und des Mordes einige weitere Terroristen beteiligt waren, bei denen es sich ausschließlich um Einwohner von Hebron handelt.

Gazastreifen

Grenzübergang Rafah

- **Der Grenzübergang Rafah** ist nach wie vor nur beschränkt passierbar. Aus ägyptischer Quelle verlautete, Ägypten habe der Hamas mitgeteilt, dass der Grenzübergang Rafah und die anderen Grenzübergänge nicht geöffnet würden und nicht mit dem Bau eines Meerhafens und eines Flughafens begonnen werde, solange die Palästinensische Autonomiebehörde nicht erneut die volle Kontrolle über den Gazastreifen übernommen habe (Sama, 7. September 2014). Hamas-Sprecher Mushir Al-Masri sagte, die Frage des Grenzübergangs Rafah befinde sich derzeit bei der Palästinensischen Autonomiebehörde und müsse von ihr dringend geregelt werden (Qudsnet, 3. September 2014).
- Ein hochrangiger Vertreter der Präsidialgarde der Palästinensischen Autonomiebehörde sagte hierzu, **die Präsidialgarde sei bereit, die Sicherheitsvorkehrungen am Grenzübergang Rafah zu vervollständigen**. In einer ersten Phase würden rund 1.000 Offiziere und Soldaten am Grenzübergang stationiert und nach Bedarf mit weiteren Kontingenten verstärkt. Er fügte hinzu, Ägypten habe sich bereit erklärt, einen zweimonatigen Ausbildungskurs für 1.000 Soldaten durchzuführen, um sie erneut auf ihre Aufgabe vorzubereiten (Ma'an, 6. September 2014).

Die humanitäre Lage im Gazastreifen

- Einem Bericht des UN-Hilfswerks UNRWA (vom 5. September 2014) zufolge, halten sich noch immer 59.728 Entwurzelte in 31 Bildungseinrichtungen des Hilfswerks auf. Im September würden 47 Millionen Dollar für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe benötigt (Website der UNRWA, 5. September 2014). Laut einem Bericht auf der Website

der UN-Kommission für die Palästinafrage funktionieren über 90% der Gesundheitseinrichtungen im Gazastreifen, wenn auch einige davon nur teilweise. Fünf Kliniken des palästinensischen Gesundheitsministeriums seien völlig zerstört worden, alle anderen Kliniken sowie die UNRWA-Kliniken für das allgemeine Publikum geöffnet. Zudem wird berichtet, dass von 90 UNRWA-Schulen, die der Bevölkerung als Zufluchtsort dienten, 64 bereits evakuiert wurden (Website der UN-Kommission, 7. September 2014).

Hilfe für die Bevölkerung des Gazastreifens

- **Die Hamas** hat laut eigenen Angaben bislang 32 Millionen Dollar an die Bevölkerung des Gazastreifens verteilt: 19,5 Millionen Dollar an Einwohner, deren Häuser vollständig zerstört wurden, 11,5 Millionen Dollar an Einwohner, deren Häuser teilweise zerstört wurden und 800.000 Dollar an Familien, deren Söhne bei den Kämpfen ums Leben kamen (Zafa, 8. September 2014).
- **Mohammed A-Shtayeh**, der Vorsitzende des Palästinensischen Ökonomischen Rates für Entwicklung und Wiederaufbau, präsentierte an einer Pressekonferenz einen umfassenden Wiederaufbauplan für den Gazastreifen. **Die projektierten Gesamtkosten belaufen sich auf 7,8 Milliarden Dollar**, davon 450 Millionen Dollar für humanitäre Zwecke. Für Entwicklungsprojekte, darunter der Bau eines Hafens und ein Wasserentsalzungswerk, sieht der Plan einen Betrag von 3,02 Milliarden Dollar vor (Wafa, 4. September 2014).
- **Rami Hamdallah**, der Premierminister der Palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit, warf der Hamas vor, über einen 100-Tage-Plan für den Wiederaufbau des Gazastreifens zu verfügen, aber die zahlreichen unmittelbaren Probleme zu vernachlässigen. Die Regierung erfülle ihre Aufgabe nicht wie gefordert, weil es in einigen Ministerien Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Minister im Westjordanland und dem Minister oder Vizeminister (in der Regel ein Hamas-Vertreter) im Gazastreifen gebe, der die Anweisungen des übergeordneten Ministers missachte. Wenn dieser Zustand andauere, so Hamdallah, werde er sich an den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde wenden und ihm über die Hindernisse und den Mangel an Kooperation berichten (Amtliches Palästinensisches Fernsehen, 4. September 2014).



Spendenaktion in der Ortschaft Bet Lakiya: 17.000 Schulmappen für Studenten und Schüler im Gazastreifen (Wafa, 8. September 2014).

■ Der Vizepremier der Palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit, **Ziad Amra**, sagte, die internationale Spenderkonferenz für den Wiederaufbau des Gazastreifens finde am 10. Oktober 2014 in Ägypten statt. Es würden Gespräche mit sämtlichen Stellen geführt, um sicherzustellen, dass Israel die Pläne der Geberländer nicht durch eine Einfuhrsperre für Baumaterialien, die für den Gazastreifen bestimmt seien, vereitle (Al-Rai, 7. September 2014).

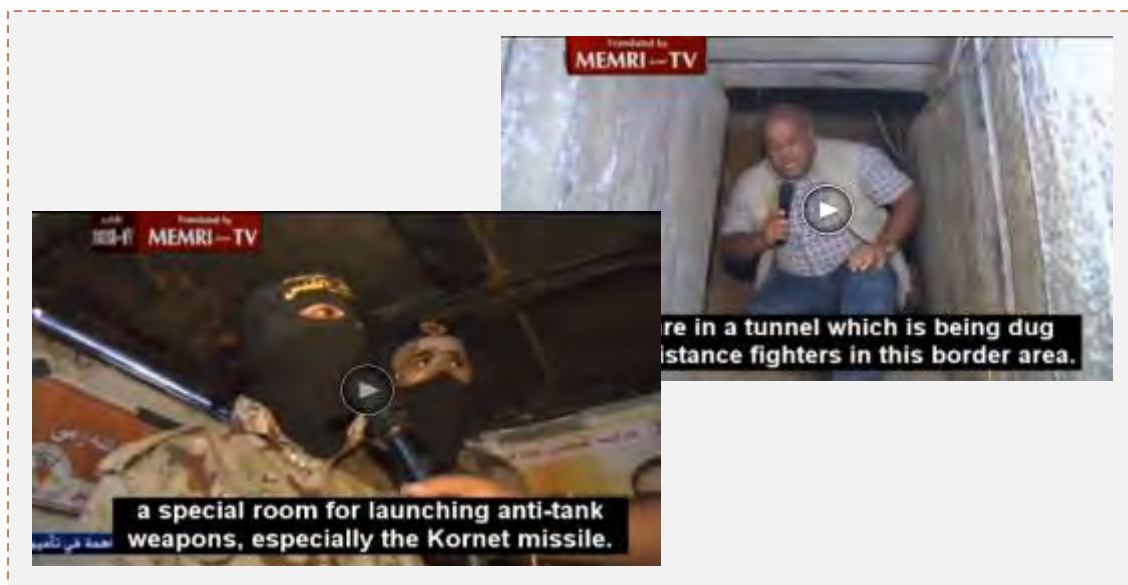
Die Äußerungen von Ramadan Shalah zur Rolle des Palästinensischen Islamischen Dschihad im Verlaufe der Operation „Fels in der Brandung“

■ Bei einem Gespräch mit einem iranischen TV-Kanal ging der Generalsekretär der Palästinensischen Islamischen Dschihad, **Ramadan Shalah**, auf die Rolle der Organisation im Verlaufe der israelischen Militäroperation „Fels in der Brandung“ ein (Khabar TV, 6. September 2014):

- **Zu den Kämpfen im Gazastreifen:** Der „Widerstand“ habe gesiegt, Israel sei gescheitert, obwohl es Stimmen gebe, die den Sieg anzuzweifeln versuchten. Der Palästinensische Islamische Dschihad habe, so Shalah, als erste Organisation Raketen auf Tel Aviv abgefeuert. Hinzufügend meinte er, seine Organisation habe manche „Überraschungen“ präsentiert und gegenüber früheren Eskalationsrunden mit zahlreichen Neuerungen aufgewartet.
- **Zur ägyptischen Vermittlerrolle:** Obwohl sich Ägypten seit dem Ausbruch der Kämpfe als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern dargestellt habe, sei die ägyptische Position gegenüber dem Gazastreifen negativ gewesen.

Shalah sagte, er wolle sich nicht in die ägyptische Politik einmischen, hoffe jedoch, dass sie sich ändern werde.

- **Zur iranischen Unterstützung:** Shalah würdigte die **iranische Staatsführung** unter dem Vorsitz von Ali Chamenei und dem iranischen Präsidenten Hassan Rohani, **die mit der Organisation in Kontakt gewesen seien und sie im Verlaufe der Kämpfe unterstützt hätten.** Shalah wies auf die Unterstützung in den Bereichen Munition, Finanzen, Bereitschaft und militärische Forschung sowie auf die politische und propagandistische Hilfe hin.
- Die Äußerungen Shalahs sind Teil einer Informationskampagne des Palästinensischen Islamischen Dschihad, welche die zentrale Rolle der Organisation und deren Errungenschaften bei den Kämpfen hervorheben soll. In diesem Zusammenhang strahlte der TV-Kanal Aljazeera am 4. September einen Dokumentarbericht über die Vorbereitungen des PIJ auf die nächste Eskalationsrunde aus. In diesem Bericht besuchte der Fernsehreporter zwei Angriffstunnel im Raum Khan Yunis, deren Grabung am Tag der Ausrufung des Waffenstillstandes begonnen habe. Zudem wurden Panzerfäuste vom Typ Kornett und Luftabwehrwaffen im Besitz der Organisation gezeigt (Aljazeera, 4. September 2014).

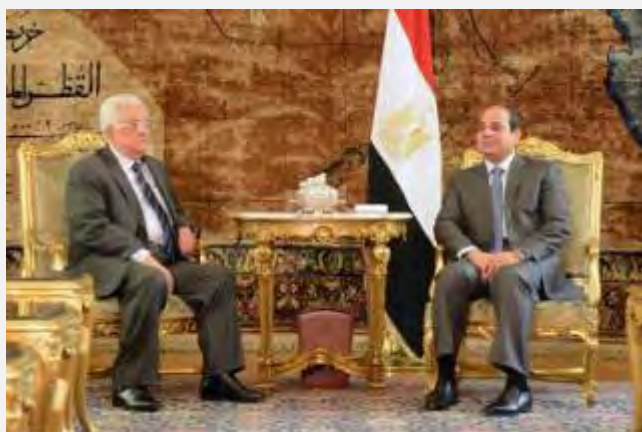


Aljazeera-Bericht über Tunnel des Palästinensischen Islamischen Dschihad (Memri, 4. September 2014)

Die Palästinensische Autonomiebehörde

Aktivitäten zur Förderung der außenpolitischen Initiative von Mahmoud Abbas

■ Mahmoud Abbas bemüht sich um Unterstützung für seine außenpolitische Initiative bei den Staaten der Arabischen Liga sowie bei den Staaten des Westens, allen voran die USA. In diesem Rahmen traf Abbas mit dem ägyptischen Präsidenten und mit Außenministern von Staaten der Arabischen Liga zusammen und stellte ihnen seinen Plan vor. Abbas zufolge stimmten die Außenminister der Arabischen Liga dem Wortlaut des palästinensischen Antrags an den UN-Sicherheitsrat um Anerkennung als unabhängiger Staat in den Grenzen von 1967, die nach Ablauf einer beschränkten Zeit erfolgen soll, zu. Die Arabische Liga werde die USA ersuchen, kein Veto gegen diesen Antrag einzulegen (Al-Hayyat Al-Dschadida, 8. September 2014).



Mahmoud Abbas bei dem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah El-Sisi (Wafa, 7. September 2014).

■ **Saeb Erekat**, Mitglied des PLO-Exekutivrates, und Majed Faraj, Leiter des Geheimdienstes der Palästinensischen Autonomiebehörde, begaben sich am 2. September nach Washington D.C. und trafen dort mit dem amerikanischen Außenminister John Kerry zusammen, um ihm den palästinensischen Plan zu präsentieren (Quds news, 2. September 2014). Laut **Amin Makbul**, dem Assistenten von Mahmoud Abbas, beruht der Plan auf der Forderung der USA und der internationalen Gemeinschaft nach einem klaren Bekenntnis zur Gründung eines Palästinenserstaates in den Grenzen von 1967 sowie zu zeitlich begrenzten Verhandlungen auf der Grundlage der Anerkennung eines solchen Staates und seiner Grenzen (ASharq Al-Awsat, 3. September 2014).

Unterordnung des Ministeriums für die Angelegenheiten der palästinensischen Häftlinge

■ Die Regierung der Nationalen Einheit hat an ihrer Sitzung vom 2. September 2014 **Issa Karake zum Vorsitzenden der Obersten Nationalen Stelle für die Angelegenheiten der entlassenen Häftlinge ernannt**. Diese Stelle wurde aufgrund eines Präsidialdekrets gebildet, wonach das Ministerium für Häftlingsangelegenheiten von einem Regierungsamt zu einer übergeordneten nationalen Stelle unter Führung der Fatah umgewandelt werden soll (Wafa, 2. September 2014). Issa Karake sagte, sämtliche palästinensische Organisationen, einschließlich der Hamas, hätten der **Auflösung des Ministeriums für Häftlingsangelegenheiten bzw. dessen Umwandlung in eine Amtsstelle unter der Leitung der Fatah zugestimmt**. Er betonte, die Übereinkunft sei nach zweimonatigen Verhandlungen zwischen sämtlichen palästinensischen Organisationen erzielt worden (Alresala.net, 2. September 2014).

Siegeskundgebungen

■ In Judäa und Samaria fanden weitere Kundgebungen und Demonstrationen statt, bei denen der Sieg über Israel im Gazastreifen begangen wurde. Am 6. September 2014 führte die Hamas eine Siegeskundgebung in Hebron unter dem Motto „Die Kassam marschieren in Richtung besetzte Al-Aqsa (Moschee)“. Bei der Kundgebung fielen Hamas-Plakate mit den Namen und Bildern der drei Entführer der Jungen aus Gush Etzion auf (PALINFP, 7. September 2014).



Links: Hamas-Plakat mit dem Namen und dem Bild von Amer Abu Aisha, einem der Entführer der drei Jungen aus Gush Etzion, bei einer Siegeskundgebung in Hebron; rechts: Hamas-Plakat mit den Namen und Bildern der drei Verantwortlichen für die Entführung der Jungen (PALINFP, 7. September 2014).

Der juristische Kampf gegen Israel und der Krieg der Wahrnehmung des Konflikts

Weitere Schritte zur Anrufung internationaler Organisationen

- Der Vorsitzende der arabischen Anwaltskammer **Hussein Shabaneh**, teilte mit, am 11. September finde in Kairo eine Konferenz der Vereinigung der arabischen Anwaltskammern statt, bei der ein Arbeitsplan zur Dokumentierung der „**Verbrechen Israels**“ im **Gazastreifen** beraten und Empfehlungen für die palästinensische Führung im juristischen Bereich ausgearbeitet werden sollen. Damit könnten die Palästinenser sich an internationale Gremien wenden. Laut Shabaneh werde am Rande der Konferenz eine Expertenrunde über die Folgen einer Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofes beraten. Hinzufügend meinte er, eine Delegation der Vereinigung der Anwaltskammern werde in den Gazastreifen reisen, um zusammen mit palästinensischen Rechtsanwälten die israelischen Kriegsverbrechen zu dokumentieren (Ma'an, 6. September 2014).
- Der Außenminister der Palästinensischen Regierung der Nationalen Einheit, **Riad Al-Maliki**, sagte, man sei weiterhin auf allen Ebenen bemüht, eine internationale Konferenz der Signarstaaten der Genfer Konvention einzuberufen, um einen internationalen Schutzschirm für das palästinensische Volk zu bilden. Nach seinen Worten habe man sich in dieser Sache brieflich an die Regierung der Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konvention gewandt. Zudem halte sich eine palästinensische Delegation in der Schweiz auf, um über die Einberufung der Konferenz zu verhandeln und um Israel zu zwingen,

seinen Verpflichtungen laut dieser Konvention nachzukommen (Wafa, 8. September 2014).

■ **Khaled Maschaal** bestätigte, die Unterzeichnung eines Dokumenta, worin die Hamas der Unterzeichnung des Römischen Statuts durch die Palästinensische Autonomiebehörde zustimmt. Er fügte hinzu, dass diese Frage nun in der Verantwortung der Palästinensischen Autonomiebehörde liege (Al-Arabi Al-Dschadid, 3. September 2014). In seiner Predigt zum Freitagsgebet rief Ismail Haniyya Mahmoud Abbas zur Unterzeichnung des Römischen Statuts auf, um die israelische Führung vor den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu bringen (Zafa, 5. September 2014).

Boykottaktivitäten gegen Israel

■ **Die Organisation BNC** (Palestinian BDS National Committee), der Dachverband der Vereinigungen für den Boykott Israels, rief zur Verschärfung der Boykottkampagne (BDS) gegen Israel auf und forderte, Israel vor ein internationales Gericht zu stellen, um das Land weiter wirtschaftlich, militärisch, akademisch und kulturell zu isolieren. In diesem Zusammenhang rief die Organisation zu folgenden Schritten auf:

- Ausstellung von Haftbefehlen gegen „israelische Kriegsverbrecher“ und die Erhebung von Anklage gegen sie;
- Druckausübung auf Staatsregierungen weltweit zur Verhängung eines Embargos gegen Israel sowie zur Einfrierung der Freihandelsabkommen und der bilateralen Abkommen mit Israel;
- Direkte Boykottaktionen gegen Israel und gegen israelische Firmen, wie etwa die Sperrung von Häfen für israelische Schiffe sowie die Besetzung der im Ausland angesiedelten Betriebe von Waffenherstellern, die mit Israel in Verbindung stehen;
- Bei den Handelskammern das Bewusstsein für den Boykott und effektiver Boykottmaßnahmen gegen Israel fördern;
- Boykott von Konzernen und Unternehmungen, die Israel unterstützen.